



Tatjana Festerling Die Pegida-Frontfrau ruft zur Revolution auf. Von Dominique Eigenmann

Sturmgewehr des Hasses

Wer sie hört, dem fällt erst der kräftige, leicht schrille Singsang ihrer Rede auf, dann ihre Gestalt, schlank, mit stets hochgesteckten Haaren, schliesslich der metallisch präzise Schliff ihrer Worte. Tatjana Festerling (51) ist eine begnadete Demagogin. Sie beherrscht die Sprache und verschießt Hasstiraden wie Splittergranaten. Bei den Islamfeinden von Pegida ist sie längst die wichtigste Stimme. Je radikaler sie hetzt, umso mehr scheint sie bei sich. Seit Köln steigerte sie sich in einen eigentlichen Rausch.

Flüchtlinge verleumdet sie pauschal als «afroarabische Sektterroristen», die ihre Heimat im Stich lassen, um von «unserer Knete» zu leben. Den modernen Geschlechterdiskurs hält sie für eine Übung der «Freiluftpsychiatrie», einen «Terror», ausgeübt von sexuellen Minderheiten. Die Regierenden in Berlin beschimpft sie als «Volksverräter», «Deutschlandvernichter» oder gleich als Nazis. Angela Merkel hat sie einmal «die kinderlose Frau mit den herabhängenden Lippen» genannt. In Leipzig rief sie zuletzt dazu auf, «die volksverhetzenden Eliten mit Mistgabeln aus den Parlamenten, Gerichten und Pressehäusern zu prügeln». Seither ermittelt die dortige Staatsanwaltschaft wegen Volksverhetzung und Aufrufs zu Straftaten; in Dresden tut sie das schon länger.

Der Radikale ist dazu verdammt, die Dosis seines Wahns stets zu steigern. Also ruft Festerling zur Revolution auf, zur Verteidigung der Heimat, empfiehlt Sachsen den Austritt aus Deutschland, fordert eine neue Mauer zwischen den «linken Gutmenschen im Westen», die der Invasion des Islam nichts entgegensezten, und den «guten Deutschen» im Osten, denen der Erhalt des Eigenen noch etwas wert sei. Vor einem Jahr hat sie rechtsextreme Hooligans gelobt, die in Köln wahllos Passanten, Reporter und Polizisten verprügelt hatten. Da war sie selbst der fremdenfeindlichen Alternative für Deutschland zu radikal geworden. Sie musste die Partei verlassen.

Festerling, die seit dem Studium der Betriebswirtschaft und Philosophie in Hamburg lebte und Mutter zweier erwachsener Kinder ist, besass zehn Jahre lang eine Werbeagentur. Daher stammt wohl ihre Vorliebe für satte Einzeiler. Im vergangenen Juni kandidierte sie in Dresden als Bürgermeisterin. Sie erhielt auf Anhieb fast 10 Prozent der Stimmen. Statt sich zu freuen, schimpfte sie über die verirrten 90 Prozent, die offensichtlich der «Lügenpresse» auf den Leim gegangen seien.

Vertraute berichten nun davon, dass sie sich in der Öffentlichkeit zunehmend verfolgt und wie eine Aussätzige behandelt fühle. Das rot-grüne Hamburg habe sie verlassen, sie lebe jetzt in Sachsen, unweit von Dresden. Von der radikalen Minderheit der Fremdenfeinde dagegen wird sie bejubelt. Festerling badet im Applaus und fühlt sich als Heldin des «wahren Volkes».

Gastbeitrag Viele Wintersportgebiete reagieren auf die Kritik an ihrem Geschäft mit Projekten, die das Ski- und Snowboardfahren ökologischer machen sollen. Von Alex Rickert*

Grüner Ski fahren

Immer lauter werden die Stimmen, die den Ressourcenverbrauch für die Präparation der Skipisten einschränken wollen. Doch anstatt zu verbieten, könnte man fragen: Was können Wintersportdestinationen tun, um das Skifahren und Snowboarden ökologischer zu gestalten?

In schneearmen Wintern verbrauchen Skigebiete besonders viel Energie für die künstliche Beschneidung und die Pistenpräparation. Dafür hagelt es Kritik. Denn der Klimaschutz müsste eigentlich im ureigenen Interesse der Schneesport-Destinationen stehen. Beissen die Bergbahnbetreiber die Hand, die sie füttert? Bei genauerem Augenschein zeigt sich: Einige Skidestinationen machen vor, wie der Skitourismus grüner werden kann.

In der Schweiz werden 48 Prozent aller Pisten künstlich beschneit. Dies entspricht einer 2730 Kilometer langen Kunstschnepiste. Dafür ist schweres Geschütz nötig: Rund 15 000 Schneekanonen und Lanzen sind im Einsatz. Pro Winter wird so viel Wasser versprüht, wie 140 000 Haushalte im Jahr brauchen würden. Der Strombedarf der Schneekanonen entspricht jenem von 11 000 Haushalten. Zudem werden künstliche Speicherseen in die Landschaft gegraben und Hänge umgepflügt. Bleibt den Schweizer Skiregionen nichts anderes übrig, als sich auf Kosten der Umwelt am Leben zu erhalten?

Abhängig vom Wintertourismus

Auch wenn es verlockend ist, in den Chor solcher Kritik einzustimmen: Die Sache ist vertrackt. Ganze Talschaften sind vom Wintersporttourismus abhängig. Trotz rückläufigen Zahlen werden pro Winter immer noch 22,6 Millionen Tagesskipässe verkauft. Allein die Bahnen generierten in der Wintersaison 2014/15 einen Umsatz von über 700 Millionen Franken; sie beschäftigen 15 400 Personen. Hinzu kommen 6,4 Millionen Übernachtungen in Hotels, die von der Strahlkraft der Skidestinationen abhängig sind.

Heiligt der Zweck die Mittel? Mittlerweile kritisieren nicht mehr nur Umweltverbände die Kunstschneproduktion. Auch Wissenschaftler wie die Hydrologieprofessorin Carmen de Jong



Ohne künstliche Beschneidung kann kaum ein Skigebiet noch überleben. Foto: Frédéric Nevoit (Keystone)

geben der künstlichen Schneeherstellung auf lange Sicht keine Chance. Jedoch reagieren immer mehr Skigebiete auf die Kritik, indem sie ökologisch nachhaltige Projekte umsetzen. Dies sind die wichtigsten:

- Die neusten Pistenfahrzeuge haben Hybridmotoren. Pistenbullys sind mit GPS ausgestattet, um die exakte Schneehöhe zu berechnen. Dies spart Diesel in der Pistenpräparation.
- Alle grossen Skiregionen verfügen über künstlich angelegte Speicherseen. Deren Bau ist zwar ein Eingriff in die Natur, doch kann der Stromverbrauch für die Beschneidung dadurch verringert werden, da das Wasser nicht vom Tal hochgepumpt werden muss.
- Alle grossen Wintersportdestinationen verfügen über Snow-and-Rail-Angebote, um die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erleich-

tern. Einige Destinationen haben Ladestationen für Elektroautos.

- Den Strom für Bergbahnen und Schneekanonen beziehen die meisten Wintersportgebiete aus Wasserkraft, eigenen Solaranlagen oder von einem Öko-Label.
- Neue Gebäudeleitsysteme regulieren Heizung, Lüftung, Beleuchtung und die Küchentechnik von Restaurants, Bahnstationen und Betriebsgebäude zentral. Dadurch wird Strom gespart.
- Viele Bergrestaurants unterliegen Recycling-Konditionen. An vielen Orten gibt es sogenannte Clean-up Days: Im Sommer wird das Pistengebiet von Abfall gereinigt.

* Alex Rickert ist Blogger bei Ridegreener.com und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schreibzentrum der PH Zürich.

Gastbeitrag In seiner jüngsten Albisgüetli-Rede setzte sich Christoph Blocher für die Absolutheit des «Volkswillens» ein - und widersprach damit der Schweizer Konkordanz. Von Christoph Stückelberger

Absolutismen führen zur Diktatur

Christoph Blocher spielt gefährlich mit dem Feuer. In seiner Albisgüetli-Rede vom 15. Januar «Die Schweiz auf dem Weg zur Diktatur» plädiert er - in Verbindung mit der Durchsetzungsinitiative - für einen dreifachen Absolutismus: des Volkswillens, der Nationalität und der Souveränität. Es sind gerade solche Absolutismen, die den Weg zu Diktaturen ebnet. Dem ist eine gutschweizerische politische Ethik der Relationalität entgegenzusetzen:

Machtkontrolle durch Gewaltentrennung.

«Die weltweit einzigartige Volkssouveränität [wird] zunehmend eingeschränkt und ausgehebelt. Man stellt internationales Recht über das vom Volk gutgeheissene Landesrecht und missachtet damit den Volkswillen», schreibt Christoph Blocher im Text der Rede. Die Durchsetzungsinitiative setzt den sogenannten Volkswillen absolut und über die Einzelfallbeurteilung von Richtern. Damit würde die wichtigste Errungenschaft der neuzeitlichen rechtsstaatlichen Ordnung untergraben, nämlich die Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative (und der Medien als vierte eigenständige Kraft).

Die Reformation in der Schweiz war ein wichtiger Anfang auf dem Weg zur Demokratie, indem das Volk durch Bildung und Lesen der Bibel ermächtigt wurde und weniger abhängig von Klerikern und Autoritäten. Aber der Zürcher Reformator Huldrych Zwingli warnte davor, den Volkswillen absolut zu setzen: «Vox populi non est vox Dei», der Volkswille sei nicht der Gotteswille. Das Volk als Souverän kontrolliert Legislative, Exekutive und Judikative, aber die Judikative kontrolliert auch Legislative, Exekutive und den Souverän. Die Gewaltentrennung ist Schutz vor Absolutismen wie vor der Diktatur des Volkes (Demokratie).

Volksrecht und Völkerrecht.

Nationalstaaten sind auch in einer globalisierten Welt wichtig, etwa für Schutz und Partizipation. Volksrecht gestaltet Nationalstaaten. Aber so, wie die eigene Freiheit die Grenze an der Freiheit des andern hat, so hat das Volksrecht die Grenze am Recht der andern Völker. Deshalb kann das Volksrecht nie verabsolutiert und über das Völkerrecht gestellt werden. Der Ausbau des Völkerrechts auf Basis der Menschenrechte ist eine der grössten Errungenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Ausbau war eine Reaktion auf die Verabsolutierung der Nation im Nationalsozialismus.

Zudem kann man sich nicht für eine liberale internationalisierte Marktwirtschaft einsetzen und gleichzeitig Nationalstaatlichkeit verabsolutieren. Und aus christlicher Sicht des «Gottes der Gnade», wie Blocher seinen Glauben zusammenfasst, ist es gerade die Liebe Gottes für alle Menschen, des eigenen Volkes wie anderer Völker, die das Christentum kennzeichnet.

«Unschweizerisch, unchristlich und unethisch.»



Christoph Stückelberger

Christoph Stückelberger ist Professor für Ethik an der Theologischen Fakultät der Universität Basel sowie Gründer des globalen Ethiknetzwerkes Globethics.net in Genf.

Souveränität und Solidarität.

Zwischenmenschliche Beziehungen zeigen, dass die langfristige Bindung zwar gewisse Freiheiten einschränkt, aber gleichzeitig neue Freiheiten schenkt: etwa die Befreiung von der Sorge um Vereinsamung. Die Partnerschaft führt nicht zu Abhängigkeit, sondern zu einer neuen Souveränität im Sinne gemeinsamer Gestaltungsräume. Die Mitgestaltung des gemeinsamen Europa bringt der Schweiz mehr Stabilität und Würde als eine isolationistische Schein-Souveränität.

Umgekehrt erstickt eine Partnerschaft, wenn sie den Partnern keinen individuellen Gestaltungsraum lässt. Eine Völkergemeinschaft zerbricht unter dem Diktat einer Grossmacht oder dem allgegenwärtigen Diktat von Finanzmärkten. Gefragt ist geopolitisch, völkerrechtlich, wirtschaftspolitisch sowie ethisch eine sorgfältige, besonnene Balance von Freiheit und Bindung. Eine multipolare Welt mit starken völkerrechtlichen Spielregeln von Staaten, die sich «auf Augenhöhe» begegnen, macht ein langfristiges Gleichgewicht der Kräfte möglich. Die Devise lautet dann nicht «Souveränität durch Isolation» sondern vielmehr «Souveränität dank Solidarität».

Gerade die schweizerische Konkordanzdemokratie ist Ausdruck eines Wertgleichgewichts. Verabsolutierungen sind zutiefst unschweizerisch, unchristlich (nur Gott ist absolut) und unethisch. Blocher und die SVP erweitern Schritt für Schritt die Grenze des rechtsstaatlich Tolerierbaren in Verletzung von Völkerrecht. Die Schweiz wird so weiter in die Destabilisierung und Rechtsunsicherheit getrieben. Eine selbstbewusste Schweiz dagegen ist stolz darauf, den populistischen und absolutistischen Tendenzen anderer Staaten zu widerstehen und stattdessen eine stabilisierende Ethik der Ausgewogenheit und eine Politik der Konkordanz und verlässlichen Rechtsstaatlichkeit fortzusetzen.